

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Zentralorgan d. Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.
Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druck u. Verlagsanstalt: Prag II, Nerudova 15 • Telefon: 26795, 31400, Nachdruck: (ab 21 Uhr): 53555 • Postamt: 37544

12 Jahrgang.

Samstag, 24. Dezember 1932

Nr. 303.

Weihnachtsbeitrag für die Kinder Arbeitsloser.

5.250.000 Kč vom Ministerrat bewilligt.

Prag, 23. Dezember. Auf Grund des Beschlusses der Regierung wird das Ministerium für soziale Fürsorge auch in diesem Jahre eine einmalige Weihnachts-Unterstützungaktion für Kinder Arbeitsloser und in Kurzarbeit stehender Familienernährer, und zwar mit einem Aufwande von 5,25 Millionen Kč durchführen. Die Aktion wird wie in den vergangenen Jahren im Wege der Bezirksbehörden und Gemeinden durchgeführt werden.

Das Ministerium für soziale Fürsorge hat bereits die Zuteilungen für die einzelnen Bezirke bestimmt und hat die erforderlichen Weisungen gegeben, damit der Beitrag den Kindern noch vor den Weihnachtsfeiertagen zuteil wird.

Das Tauschgeschäft mit Ungarn.

Budapest, 23. Dezember. (M.Z.) Wie über die Details der mit der Tschechoslowakei getroffenen Vereinbarungen mitgeteilt wird, besteht das Wesen der ersten Vereinbarung darin, daß Ungarn aus der Tschechoslowakei gewisse Waren importiert, als dem Gegenwert des ungarischen landwirtschaftlichen Exportes nach der Tschechoslowakei entspricht. Außerdem wurde es ermöglicht, daß Ungarn die aus den bereits erfolgten tschechoslowakischen Exporten resultierenden Schulden, deren Höhe noch 8 Millionen Kronen beträgt, durch Weizen, Mais- und Schweinefleischlieferungen begleicht.

Im Sinne der zweiten Vereinbarung wird der Eisenbedarf, der nach der Tatra fahrenden Karawane durch den Export verschiedener landwirtschaftlicher Produkte gedeckt.

Es wurde vereinbart, daß Ungarn die Fruchtgebühren für ungarische Waren, die durch die Tschechoslowakei in andere europäische Länder transportiert werden, durch den Export eines den Fruchtgebühren entsprechenden Weizenkontingentes nach der Tschechoslowakei begleichen kann.

Außerdem wurde vereinbart, daß das im Laufe des vorangehenden Sommers mit der tschechoslowakischen Regierung abgeschlossene sogenannte OVA-Protokoll demnach geregelt werden, daß der Gegenwert der nach Ungarn importierten Industrieartikel jetzt durch nachträgliche Lieferungen aus den ungarischen landwirtschaftlichen Nebenprodukten beglichen werden. Endlich wurde auch Sorge getroffen, daß bis zur endgültigen Regelung des Warenverkehrs zwischen beiden Ländern ein Teil des nachfolgenden Gasbedarfs Ungarns aus dem Preis von ungarischen Petroleumprodukten gedeckt werden kann.

Die nun abgeschlossenen Vereinbarungen ermöglichen den Export von ungarischen landwirtschaftlichen Produkten im Werte von beinahe 60 Millionen Kronen. Aufser den bereits gemeldeten 29.000 Stück Schweinefleisch, 1000 Stück Fleischschweinen, 1000 Schafen, 7000 Hektoliter Wein und 2100 Waggons Weizen können im Sinne der Vereinbarung nach der Tschechoslowakei eingeführt werden Getreide, Butter, Fett, Speck, Salz, Honig, Milch, Hühner und Kanarienvögel. Die Begleichung der aus den Warenlieferungen entstehenden Zahlungen erfolgt durch die beiden Nationalbanken.

Politische Amnestie in Oesterreich.

Wien, 23. Dezember. (Eigenbericht.) Der Ministerrat hat in seiner heutigen Sitzung eine große politische Weihnachtsamnestie für ganz Oesterreich erlassen. Unter die Amnestie fallen alle politischen Vergehen und Verbrechen, so daß auch die Heimkehrer, die am dem Parteitag vom 18. September des Vorjahres beteiligt waren, durch die Amnestie befreit werden. Ebenso werden durch die Amnestie die sozialdemokratischen Schutzbündler befreit, die wegen der Waffenfunde im Dörfinger Arbeiterheim angeklagt wurden.

Polnische Blutjustiz.

Lemberg, 23. Dezember. (M.Z.) Die beiden zum Tode verurteilten Teilnehmer an dem Ueberfall auf das Postamt in Grodno, Danilijew und Wila, denen die Todesstrafe nicht erlassen wurde, wurden heute früh im Hofe des Gefängnisses hingerichtet.

Reform der Schulverwaltung

Zwei Gesetzesvorlagen des Schulministers / Unifizierung u. Demokratisierung der Schulverwaltung / Schaffung von Schulsenaten Nationale Sektionierung der Landesschulräte

Prag, 23. Dezember. Schulminister Dr. Džerz empfing heute die Vertreter der Presse, um sie über einige Gesetzesvorlagen zu informieren, welche das Schulministerium ausgearbeitet hat. Es handelt sich um eine Vorlage, durch welche die Schulverwaltung geregelt wird und um eine andere über die Errichtung und Erhaltung der Volksschulen.

Jur Ausarbeitung der Vorlagen gab Anstoß die bisher nicht geregelte Frage der Lehrergehälter. Die Länder können diese Last nicht mehr tragen; im heurigen Budget allein muß der Staat ihnen 25 Millionen für diese Zwecke verschleßen. Im Zusammenhang damit taucht auch die Frage der Regelung der Schulverwaltung auf, weswegen die Vorlagen einen ganzen Komplex sehr wichtiger Fragen regeln.

In beiden Vorlagen wird der Grundgedanke der Unifizierung, d. h. der einheitlichen Regelung der Schulverwaltung im ganzen Staatsgebiete sowie auch der einheitlichen Regelung der Errichtung und Erhaltung der Volksschulen verwirklicht. Ein zweiter Grundsatz der in diesen Vorlagen zum Ausdruck kommt, ist die

Demokratisierung des Schulwesens.

In jedem Lande wird ein Landesschulrat gebildet, der zu einem Drittel aus Vertretern der Lehrer und zu zwei Dritteln aus Vertretern der Bevölkerung besteht. Außerdem werden Jahresschulen zugelassen. Die Schulverwaltung wird von der politischen Verwaltung getrennt, der Landespräsident wird nicht mehr Vorsitzender des Landesschulrates sein, sondern es wird ein eigener Präsident des Landesschulrates ernannt. Ebenso werden nicht mehr die Bezirkspräsidenten, sondern die Bezirkschulinspektoren die Vorsitzenden der Landesschulräte sein. Die Vertreter der politischen Ämter (Landesbehörde, bzw. Bezirksbehörde) erhalten im Lande, bzw. Bezirkschulrat nur eine beratende Stimme. Auch in den Bezirkschulräten sind die Lehrer zu einem Drittel, die Vertreter der Bevölkerung zu zwei Dritteln vertreten.

Ein völlig neues Organ in der Schulverwaltung bedeuten die

Schulverwaltungssenate

bei den Landes- und Bezirkschulräten. Sie sind dreigliedrig und bestehen aus einem Beamten, einem Lehrer und einem Vertreter der Bevölkerung. Diesen Senaten ist die Verwaltungsaufgabe vorbehalten, welche bisher bürokratisch versehen wurde (Lehrerernennungen). Sowie nationale Sektionen ein Landesschulrat hat, soviel Senate hat er. Die Vertreter der Lehrer in den Bezirkschulräten werden in Lehrerkonferenzen gewählt, während die Lehrervertreter in den Landesschulräten von den Lehrerschiedsgerichten gewählt werden. Die Vertreter der Bevölkerung in den Bezirks-, bzw. Landesschulräten werden von der Bezirks-, bzw. Landesvertretung gewählt. Ihre Funktionsdauer ist entsprechend den genannten Vertretungen sechs-jährig, die Funktionsdauer der Ortschulräte vier-jährig.

Nationale Sektionierung.

In den Entwürfen wird, wie der Minister ausführte, auch der Grundsatz verwirklicht, daß sich jede Nation im Rahmen der Gesetze ihre Schulwesen verwalten. In den Landesschulräten werden nationale Sektionen gebildet, und zwar dann, wenn die betreffende

Nation wenigstens einen Lehrer und zwei Vertreter der Bevölkerung im Landesschulrat hat. Danach dürfen in Böhmen und Mähren-Schlesien je eine tschechische und deutsche Sektion, in der Slowakei eine slowakische und magyarische Sektion errichtet werden. Jene Nationen, welche eine nationale Sektion auf diese Weise nicht erreichen, erhalten, wenn sie in dem Lande wenigstens 100 Lehrer haben, einen Vertreter im Landesschulrat mit beratender Stimme (Polen in Mähren-Schlesien, Deutsche in der Slowakei). In den politischen Bezirken werden Bezirkschulräte gebildet, in national gemischten Bezirken hat jede Nation ihren Bezirkschulrat, wenn sie mindestens 30 Prozent der Bevölkerung umfaßt und zehn Schulen besitzt. Hat sie weniger, dann wird sie an einen anderen Schulbezirk der gleichen Nation angeschlossen. Auch die Ortschulräte sind national getrennt.

Die Minderheitenschulen verbleiben weiter in der direkten Verwaltung des Schulministeriums und werden nicht den Orts-, Bezirks- und Landesschulräten unterliegen.

Die hauptsächlichsten Grundzüge der Vorlage über die Errichtung und Erhaltung der Volks- und Bürgerchulen bestehen darin, daß der Sachaufwand von der Schulgemeinde, der Personalaufwand vom Staat getragen wird. Die Lehrer aller öffentlichen Volksschulen werden Staatsangestellte.

Zunächst wird dadurch auch die Frage der konfessionellen Schulen in der Slowakei geregelt. Die Vorlage unterscheidet „notwendige“ und „nicht notwendige“ konfessionelle Schulen. Notwendig wird diejenige, welche als einzige in der Gemeinde besteht. Bestehen mehrere konfessionelle Schulen in einer Gemeinde, so wird nur diejenige als notwendig erklärt, welche in den letzten drei Jahren einen Durchschnitt von wenigstens 200 Schülern aufweist. Die sogenannten nicht notwendigen konfessionellen Schulen werden weiter als Privatschulen behandelt. Bei den sogenannten notwendigen Schulen kann der Lehrer nur derjenige werden, der die gleiche Konfession hat, die kirchlichen Organisationen können Anträge auf Befreiung der Lehrpersonen vom Staat.

Der Minister erklärte schließlich, er sei sich der großen Bedeutung der Vorlagen bewußt und er erachte die Lösung der in ihnen behandelten Fragen als außerordentlich wichtig.

In der anschließenden Debatte wurde der Minister gefragt, warum selbständige Bezirkschulräte einer Nation nur in jenen Bezirken errichtet werden, in denen die betreffende Nation mindestens 30 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmache, während im Sprachengesetz schon 20 Prozent der Bevölkerung eines Bezirkes genügen, damit die betreffende nationale Minderheit gewisse Sprachrechte erwerbe. Der Minister entgegnete, daß die nationale Minderheit, die weniger als 30 Prozent der Bevölkerung ausmache, einem Schulbezirk der gleichen Nation zugewiesen werde, infolgedessen kein nationales Recht verliere. Der bezügliche Prozentsatz sei nur deswegen höher als im Sprachengesetz, damit nicht allzu kleine Schulbezirke geschaffen werden. Durch die Bestimmung des Gesetzes werden nationale Schulbezirke entstehen, die nicht immer identisch sind mit den politischen Bezirken.

Zum Schluß gab der Minister dem Wunsch Ausdruck, man möge über seine Vorlagen sachlich diskutieren.

Ossietzky in Freiheit.

Berlin, 23. Dezember. Der Herausgeber der „Weltbühne“ Karl von Ossietzky ist, wie das „Berliner Tageblatt“ meldet, Donnerstag abend auf Grund der Amnestie aus dem Gefängnis entlassen worden. Ossietzky war wegen Landesverrats zu einjähriger Gefängnis verurteilt worden.

Er ist nicht käuflich — aber demissioniert!

Sofia, 23. Dezember. Justizminister Borbenow beantwortete im Abgeordnetenhaus die gegen ihn eingebrachte Interpellation. Er wies die gegen seine Person und sein Amt gerichteten Anschuldigungen der Käuflichkeit zurück und kündigte schließlich seine Demission an, um die Situation der Regierung nicht zu komplizieren.

Blick auf Ungarn.

Zeit 14 Jahren herrscht in Ungarn die Reaktion, das vierzehnte Jahr ist es, daß die ungarische Revolution zusammengebrochen und an ihre Stelle die Gegenrevolution getreten ist.

Wenn man die gesellschaftliche Struktur Ungarns genau kennt, wundert man sich über den Zusammenbruch der Revolution nicht. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung Ungarns lebt von der Landwirtschaft und hatte in dem vorrevolutionären, halbfeudalen Ungarn weder eine kulturelle Erziehung, noch politische Schulung. Die politischen Schlagwörter waren entweder chauvinistische Phrasen oder bezogen sich auf staatsrechtliche Forderungen gegen Oesterreich. Das Wahlrecht war weder allgemein, noch geheim. Aber nicht nur die Bauernschaft war so zurückgeblieben, auch das Bürgertum war politisch nicht organisiert. Von einer Bourgeoisie im modernen Sinne konnte man damals und kann man auch heute in Ungarn noch nicht sprechen. In den wenigen ungarischen Städten besteht das Bürgertum aus einer kleinen Schicht Intelligenzien, Kaufleute und die im Handel Beschäftigten und die Bürokratie, welche letztere hauptsächlich aus den, ihren Boden verlorenen Adligen besteht. Die zweite Schicht des Bürgertums lebte noch immer in feudaler Ideologie und war immer bereitwilliges Werkzeug der von den Aristokraten, Großgrundbesitzern beherrschten Regierung. Die andere Schicht aber, die Intelligenzien und andere Bürger, soweit sie von der Regierung materiell nicht abhängig waren, in der Opposition, forderten Änderungen, forderten europäisiertes, industrialisiertes Ungarn, auch in ihrem eigenen materiellen Interesse.

Allein nur die in der Industrie beschäftigte Arbeiterschaft war organisiert, aber auch eher wirtschaftlich, als politisch. Also auch sie war politisch nicht gut geschult, politisch war sie fast rechtlos und ihre Partei, die sozialdemokratische, hatte vor der Revolution im ungarischen Parlament nicht einen Vertreter. Die Partei kämpfte daher immer mit außerparlamentarischen Mitteln.

So kam der Zusammenbruch im Oktober 1918 nach dem verlorenen Krieg, der Fall des feudalen Regimes und die Macht gelangte in die Hände der Arbeiterschaft, die Bauernschaft und des radikalen Bürgertums. Aber sie konnten diese Macht nicht ausüben, die Revolution führte die sofortige Agrarreform nicht durch, die Arbeiterschaft, gewohnt an außerparlamentarische Kampfmittel, ging in großen Massen zu den Kommunisten über und durchtränkt von den alten chauvinistischen, nationalistischen Schlagwörtern, verblendet von dem großen russischen Beispiel, machte sie den unglücklichen Versuch der ungarischen Räteregierung.

Der Zusammenbruch der Räteregierung war blutig und blutig war die Rache der Gegenrevolution. Die Aristokratie mit der Großbourgeoisie zusammen hat ihre Positionen zurückerobert und um die Bauernschaft auch zu gewinnen, wurde eine Agrarreform durchgeführt. Aber auf dem Gebiete der politischen Rechte ist in den letzten Jahrzehnten keine Änderung eingetreten. Ausgenommen einige Großstädte, wohnt das ungarische Volk noch heute unter Aufsicht der Behörden offen seine Abgeordneten. Die Gegenrevolution übt ihre Macht durch die Brandstiftung, durch die Bürokratie, durch den ganzen Staatsapparat.

Aber der gegenrevolutionäre Kurs, wie alle faschistischen und halbfaschistischen Regimes, kostet sehr viel Geld. Die Pratorianerbanden, die Bürokratie, die „Unterstützer“, die selbst Unterstützung verlangen, verzehren viel mehr, als aus den Steuerzahlern herauszubringen ist. Ungarn wurde sowieo von der Weltkriege doppelt getroffen, da 58 Prozent der Bevölkerung, welche von der Landwirtschaft lebte, durch die katastrophalen Agrarpreise, verarmt sind. Die schreckliche Krise, welche

im Juli 1931 in ganz Mitteleuropa eine starke Ausbreitung fand, hat den repräsentativen Mann der Gegenrevolution, den Grafen Bethlen, nach zehnjähriger Ministerpräsidentschaft gestürzt. Er war sicherlich der talentierteste, klugste, aber gleichzeitig der verhasste Vertreter seiner Klasse und des Regimes. Seit seinem Sturz wankt ständig das Regime zwischen einer versöhnlichen, nachgiebigen Politik und der Politik „des starken Mannes“. Der Nachfolger von Bethlen, Graf Julius Karolyi hat versucht, der furchtbaren Korruption in der Bürokratie ein Ende zu bereiten, das Staatsbudget irgendwie ins Gleichgewicht zu bringen und hat sogar die Idee einer gewissen Annäherung zu der sozialdemokratischen Partei geäußert. Aber die Not der Arbeiterschaft und Bauernschaft wuchs so sehr, die Unzufriedenheiten in den Organisationen der oppositionellen Landwirtpartei und sozialdemokratischen Partei, daß man sich zu fürchten begann. Nicht einmal Terror, Standrecht und Galgen für politische Delikte haben geholfen. So hat die Gegenrevolution den alten Grafen Karolyi fallen gelassen und als letzter Versuch kam der gewesene rechtsradikale Führer, General und Kriegsminister, der persönliche Freund des Reichsverwesers Horthy, Julius Gömbös, an die Reihe.

Unter Gömbös werden die oppositionellen — hauptsächlich die sozialdemokratischen — Organisationen am Lande mit Bruchstücken unterdrückt. Zeitungsverbote und Zensur schüchtern die Presse ein. Gömbös versucht durch unaufhörliche Agitation die verbrauchten chauvinistischen, irredentistischen, faschistischen Phrasen wieder aufzuwärmen und zu verbreiten. Sein Vorbild ist Mussolini, den er am Tage seines Regierungsantritts durch ein huldvolles Telegramm begrüßte und einige Wochen später auch besuchte. Sein außenpolitisches Ideal: Bündnis mit Italien und Wiederherstellung des alten Großungarns. Sein innenpolitischer Traum: faschistisches Ungarn ohne Parlament, ohne Parteien, ohne Arbeiterbewegung, ohne Opposition, unter seiner Führung.

Faschismus machen kann man nur auf Kosten der Arbeiterschaft, auf Kosten der sozialen Erwerbsschichten. In Ungarn hat die Arbeiterschaft keine sozialen Erwerbsschichten, hat keine Arbeitslosenunterstützung. Auf wessen Kosten will Gömbös Faschismus machen? Dreizehn Jahre war in Ungarn Faschismus, die Schlagwörter sind verbraucht, der beweislose letzte Versuch der Gegenrevolution ist wohl aussichtslos.

Das Bürgertum in Ungarn ist heute verarmt, die mittlere und Kleinbauernschaft proletarisiert, gegen wirtschaftliche Kräfte kann man mit Phrasen, mit Injektionen durch schöne Redensarten nicht kämpfen. Es wäre an der Zeit, daß man mit all diesen Versuchen aufhört und statt der Experimente der Diktatur, die wirtschaftliche Organisation des Landes beginnt.

Dies verlangt nicht nur das Interesse des ungarischen Volkes, sondern auch der Gedanke der friedlichen Zusammenarbeit Mitteleuropas. J. R.

Parlamentarisches Vorweihnachtsprogramm erledigt.

Zusagen des Referenten bezüglich der Sprachenkenntnis des Autobuspersonals.

Prag, 23. Dezember. Das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich in der letzten Vorweihnachtsitzung zunächst mit der debattelosen Verlängerung der Frist zur Bezeichnung gemeinnütziger Elektrizitätsunternehmungen sowie mit der Verlängerung des provisorischen Automobilgesetzes und wendete sich dann dem Hauptgegenstand der Tagesordnung, dem Autobusgesetz zu.

Der Referent Fiala erinnerte daran, daß die Vorlage viele Gegner hat. Es gehe aber nur darum, eine gewisse Ordnung und Richtung in unser Verkehrsweisen hineinzubringen. Bei der Verhandlung der Vorlage im Senat seien beträchtliche Verbesserungen zugunsten deren erfolgt, die sich über die Vorlage beschwerten. Man dürfe aber nicht vergessen, daß die Vorlage auch eine Bedeckungsvorlage sei.

Die Eisenbahn garantiert für die Sicherheit des Passagiers und der beförderten Last. Es ist nur logisch und gerecht, daß auch der private Person- und Frachtransport demselben Grundsatz unterworfen sei und daß er vor allem auch ebenso die Steuerpflichten dem Staate gegenüber erfülle wie die Eisenbahn.

Es ist ein unmöglicher Zustand, daß ein Bahn- oder Postautobus dem Staat an vorgeführten Steuern und Abgaben 13.000 K abführt, ein privater Autobus im Durchschnitt aber nur 2000 K jährlich.

Wenn dieser Zustand anhalten sollte, dann käme er einer direkten Enteignung der Bahnen gleich.

Der zweite Referent Dr. Rofek befaßt sich detailliert mit den Steuerfragen und den Bestimmungen über die Ausgabe von Fahrkarten für Autobusse.

In der Debatte marschierten gleich zu Beginn hintereinander vier deutsche Oppositionsredner auf, die die Folgen des Gesetzes in jeder möglichen Richtung in düsteren Farben ausmalten. Den Protesten schloß sich Stetka (Komm.) an, der die Vorlage gleichfalls in Bausch und Bogen ablehnte. Ein scheidender Gewerkschaftler stellte die Sache so dar, daß das Autogewerbe nunmehr überhaupt von der Bildfläche verschwinden und das Gesetz nur ein großes Leichenfeld vernichteter Existenzen hinter sich lassen werde. — Dabei wurde es ja gerade gewerkschaftliche Eisenbahnminister, unter deren Ära das Automobilwesen angeregt und ungezügelt in die Höhe schoß. Daß die Herren Rajman und Mlsoch jeden Versuch, hier regelnd einzugreifen, solange es noch Zeit war, aus parteilastischen Gründen unterließen, muß sich jetzt natürlich bitter rächen. Und dann trauen sich diese Leute, die Schuld von sich auf die Sozialisten abzuwälzen.

Im Schlußwort erklärte der Referent Dr. Rofek ausdrücklich, es werde nach § 12 nur eine solche Sprachenkenntnis gefordert werden, die den tatsächlichen Bedürfnissen der Praxis entspricht.

Nach Ablehnung verschiedener Anträge auf Uebergang zur Tagesordnung, bezw. Rückverweisung an den Ausschuss wurde die Vorlage in beiden Lesungen in der Fassung des Senats angenommen, ebenso die sechs im Ausschussbericht abgedruckten Resolutionen. Diese Resolutionen verlangen u. a.:

Die baldige Regelung der Kontrolle über die Einhaltung der vorgeschriebenen Höchstgeschwindig-

keit, eventuell mit Hilfe einfacher automatischer Vorrichtungen;

die Aufforderung an die Postverwaltung, möglichst bald die Paketpostgebühren herabzusetzen, da ihr durch die Vorlage für die Paketbeförderung ein Monopol eingeräumt wird;

die Aufforderung an die Regierung, alle Vorbereitungen zur Konzentrierung aller Zweige des öffentlichen Verkehrs in einer einzigen ministeriellen Zentrale zu treffen;

bei sonst gleichen Bedingungen die Autokonzeßion demjenigen zu verleihen, der Berufsqualifikation mit hinreichender Handwerks- und Fahrpraxis ist;

Bahn und Post sollen, falls sie eine Linie übernehmen, möglichst die Angestellten der aufgehobenen Privatlinie übernehmen;

endlich soll die Regierung mit größter Beschleunigung Vorschriften über die zulässige Geschwindigkeit und über die Verkehrssicherheit zu erlassen,

Das Milliardendefizit Frankreichs. Der neue Finanzminister findet leere Kassen.

Paris, 23. Dezember. Das amtliche Kom-muniqué, das über die heutige Darlegung des Finanzministers Chéron im Finanzanschuß der Deputiertenkammer ausgegeben wurde, besagt, daß er bei seinem Amtsantritt am 20. Dezember in der Staatskasse 212 Millionen Franken Vorrat und eine Bewilligung zur Emission einer Anleihe vorfand, so daß die Regierung gegen drei Milliarden Franken hat, die für die Verpflichtungen am Jahresabschluss genügen. Um jedoch den weiteren Gang der Staatsverwaltung garantieren zu können, verlangt der Finanzminister die Ermächtigung zur Ausschreibung von Bonds in der Höhe von fünf Milliar-

den Franken, weil in den ersten Monaten des Jahres keine Steuern eingehen.

Arbeits-Resolution angenommen.

Weiters wurde vom Plenum mit den Stimmen aller Koalitionsparteien die Resolution über die Einhaltung der Arbeitszeit, die gestern im Senat eine Kampfabstimmung zur Folge hatte, in einer etwas geänderten Fassung angenommen. Sie lautet nunmehr:

„Die Regierung wird aufgefordert, bei der Durchführung des Arbeitsgesetzes aus Gründen der Verkehrssicherheit auf geeignete Weise Verletzungen des Gesetzes über die achtstündige Arbeitszeit hintanzuhalten.“

Damit war, nachdem auch noch die eingangs erwähnten zwei Vorlagen in beiden Lesungen angenommen worden waren, das dringliche Vorweihnachtsprogramm des Parlaments erschöpft. Die restlichen Punkte der Tagesordnung wurden zurückgestellt, worauf der Vorsitzende unter den üblichen Freiertagswünschen um halb 3 Uhr nachmittags die Sitzung schloß. Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege, voraussichtlich gegen Mitte Jänner, einberufen werden. Vorher wird allerdings schon der Budgetauschuß kurz nach dem 6. Jänner die Beratungen über das ordentliche Budget aufnehmen.

Neuer Tränengasanschlag in Wien. Demonstration oder mißglückter Raubversuch?

Wien, 23. Dezember. (Eigenbericht.) In der Wiener Postparlase, und zwar im Hauptgebäude, wurde heute vormittags ein ganz ungewöhnliches Attentat verübt. Zur Zeit, als das Gebäude voll von Menschen war, explodierten dort einige Tränengasbomben. Es entstand eine unbeschreibliche Panik, die noch dadurch vergrößert wurde, daß die automatischen Türen, die bei einem Ueberfall sich sofort schließen, die erschreckten Leute nicht aus dem Hause ließen.

Die Polizei hat sofort umfassende Erhebungen angestellt. Sie behauptet, bis zur Stunde noch keine Spur von den Tätern zu haben. Es spricht aber alles dafür, daß auch dieser Anschlag ebenso wie der auf das Warenhaus Gerngroß am Goldenen Sonntag vom Braunen Haus aus arrangiert und von Pankretzger durchgeführt wurde.

Da kaum einzusehen ist, welche politischen Motive für einen Ueberfall auf die Postparlase vorliegen könnten, scheint es, daß die Banditen

sich bemüht haben, bei diesem Attentat die Gelegenheit für Raub und Plünderungen zu schaffen, da zur Stunde des Ueberfalls im Kassenlokal, in dem die Gasbomben explodierten, mehr als 15 Millionen herumlagen.

„Nodi weniger zugestanden...“

Keine völkerrechtliche Neutralität Österreichs.

Wien, 23. Dezember. Das amtliche österreichische Pressbüro (Amtliche Nachrichtenstelle) meldet: Vereinzelt blätterten brachten die Meldung, nach der die Einführung des Milizsystems in Oesterreich durch das Jugoslawien der völkerrechtlichen Neutralität erkaufte wurde. Wie hierzu amtlich festgestellt wird, wurden von seiner Seite derartige Forderungen nach der Neutralität Oesterreichs gestellt, ebenso wenig wurde irgend ein anderes politisches Jugoslawien verlangt und noch weniger zugestanden.

Die Kellnerin Molly.

Roman von Hans Otto Henel.

Copyright by Hadertrichter-Verlag, Berlin. Nachdruck verboten.

Wenn die Frauen wüßten, was du auf diesen Seiten, in diesen Wappen an Wahrheiten stecken hast, würden sie dich darum bestürmen. Geh sie ihnen!

Und mit der anspornenden Berechnung der liebenden Lebensgefährtin legte sie noch einem Weibchen hinzu:

„Wie stolz könnte ich auf dich sein, wenn du als ein Reformator der Frauenkultur berühmt würdest.“

Der Junke zündete.

Ohne Säumen und mit ameisenhaftem Fleiß begann Herr Brodecker die Grundlagen für ein System der Frauenlebenskultur „auszumitteln“, eine Bezeichnung, die er mit dem Stolz des Privatdozenten gern auf seine Untersuchungen anwandte.

Die praktischen Vorbereitungen für die Formulierung seiner reformatorischen Bestrebungen bereiteten ihm wenig Schwierigkeiten. Raten doch in seine Badeanstalt täglich einige Dutzend weiblicher Personen. Sie waren ihm Material, wurden planmäßig Modelle zu einem neuen Typ des besetzten Frauenkörpers. Brodeckers überzeugende Beredsamkeit, unterstützt von der schwärmerischen Beistimmung seiner Gattin, besiegte die anfänglich vorhandene Befangenheit und bestimmte bald manche Besucherin der Bäder, sich die Meinungen des Reformators nicht nur anzuhören, sondern sie auch an sich erproben zu lassen. Sie machten nur gymnastische Übungen nach seinen Anweisungen, ließen Körpermessungen vornehmen und die ausgeklügelten Nährvorschriften über sich ergehen.

Selbstverständlich sprachen sich Brodeckers reformatorische Absichten sehr schnell in Schneidewald herum. Man rechnete ihm einen Sparen mehr an, aber das tat seinen Bemühungen keinen Abbruch. Im Gegenteil kopierte manche Dame höflich beim Bademeister an, um in den Kreis der bevorzugten Schönheitsanfängerinnen aufgenommen zu werden. Aber nur wenige hatten Glück. Brodecker wählte streng und wies nicht nur die arg verfetteten oder klapperdürren zurück.

Das erregte Verstimmung, besonders unter den reiferen Damen. Frau Stadtrat Butterlerch, die mit ihren einhundertzweißf Kilos sich als vollschlan bezeichnete, bildete den Mittelpunkt aller mißvergnügten Damen, die von Brodecker wegen und zu schwer befunden worden waren. Früher eine treue Kundin der Brodeckerschen Entseftungsbäder, besuchte sie nach der Abweisung die Badeanstalt nicht mehr, blieb aber gut unterrichtet über alles, was dort vorging.

Brodecker sagte sich, daß die von ihm geplante Schrift über sein System der weiblichen Körperkultur bedeutend an Zugkraft gewönne, wenn er die graue Theorie durch Abbildungen verdeutlichen könnte. Der bildliche Anreiz schien ihm wünschenswert, ja notwendig. Anfangs geriet er sich nicht, seine Probierdamen um die Erlaubnis zu bitten, sie photographieren zu dürfen. Seine Frau, besser als er in den Wandelgängen der weiblichen Seelen bekannt, verachte ihn wegen dieser Scheu, und um das von ihm ersehnte Werk der Reformation nicht scheitern zu lassen, tat sie von sich aus die ersten Schritte den Damen gegenüber.

Anfanglich brachte der sonst gar nicht schüchterne Bademeister nur schwer den notwendigen Mut auf, bald aber fand er die Frage und den Erfolg selbstverständlich. Denn alle befragten Frauen und Mädchen waren vernünftig genug, sich nicht zu zieren. Alle ließen sich bereitwillig nackt photographieren, zumal der wissenschaftliche

Zweck des Bildes von vornherein betont wurde. Und zweifellos war es wirklich harmlos, wenn der besetzte Brodecker in Gegenwart seiner Frau und des fräuleins Marsdorf, der Hilfskraft der Frauenabteilung des Bades, bestimmte Liegebewegungen oder Körperverhältnisse seiner Modelle durch die photographische Kamera festhielt. Nur im „Vaterländischen Frauenverein“, dem Frau Stadtrat Butterlerch präsidierte, rümpfte man die Nasen darüber. Hier hätte man in Brodeckers Reformversuchen gern eine Verletzung der deutschen Frauenwürde gesehen. Doch verbot sich das vorläufig, da die Gemahlin des zweiten Bürgermeisters zu den Modellen des Frauenreformators gehörte, und diese Dame war gesellschaftlich einflussreich.

Das Versprechen, von jeder Platte nur einen einzigen Abzug herzustellen und die Platte dann zu vernichten, hielt der Bademeister mit der Gewissenhaftigkeit des Ehrenmannes.

Nach mehrjährigem Experimentieren und Photographieren glaubte Brodecker genügend bildlichen und gedanklichen Stoff beisammen zu haben, um an die endgültige Zusammenstellung seines Lebenswerkes gehen zu können. In seinem Schreibstisch lagen an die hundert Wappen mit Notizen, Schriftsätzen und Photographien, bereit, sich zum geschlossenen Buche zu fügen. Schon zog Brodecker Entwürfen wegen der Drucklegung des Buches ein, ließ Satzberrechnungen anstellen, berechnete Papierpreise, nahm Fühlung mit dem Buchhändler.

Verhängnisvolle Sorglosigkeit des geistigen Menschen! Da war ein Werk herangewachsen, das nach der festen Ueberzeugung des Autors für die Frauenwelt umwälzend wirken mußte, und dieser Autor beging die Torheit, sich mit seinem Hauswirth, einem Geschäftsmann, zu entziehen. Kriminalwachmeister Bubik mußte die Hand auf Brodeckers Lebensarbeit legen und zwei Schutzleute trugen sie gebündelt und verpackt

davon. Herr Bollert aber stand hinter der Gardine des Zimmers, in dem er sonst die Miete einzunehmen pflegte, und schaute händeringend hinterher.

Am Tage der Hausführung bei Brodecker wurde die Badeanstalt noch stark besucht, denn viele Leute hofften ihre Reugier zu befriedigen. Da Brodecker aber kein Wort zu seiner Rechtfertigung verlaunten ließ, und nicht einmal auf die Polizei schimpfte, nahm man das als ein Geständnis seiner Schuld. Und darum ließ sich am nächsten Tage kein Mensch mehr an der Kaffe bliden. Die Schneidewalder entschlossen sich, lieber auf Reinigung zu verzichten, als bei einem Verdächtigen zu baden. Dem unglücklichen Besitzer blieb nichts anderes übrig, als das Bad einstweilen zu schließen.

Die Damen vom „Vaterländischen Frauenverein“ wollen nach dem berühmten Vorbild das Capitol retten.

Um die geschlossene Badeanstalt taunte die Reugier. Am hellen Tage blieben die Frauen in Gruppen von zweien und dreien stehen und tuschelten über das „Sündenmeß“. In den Dämmerstunden malten besonders hübsche Jungfrauen mit Kreide eindeutige Inschriften an die Fensterläden und nachts, wenn die Bürger aus dem Schlaf und Gefangene kamen, denähten sie die Hauswand, um zu zeigen, wie sehr sie „den Luft“ verachteten.

Brodeckers fühlten die allgemeine Verfernung durch die Mauer dringen, wenn sie auch nicht viel davon sahen, weil sie sich kaum auf die Straße gerauten. Leer die Badeanstalt, leer der Schreibstisch — der Bademeister hatte die beiden Pole seines Lebens verloren und veruchte dämpfgründend die Geschicknisse in seiner Weltanschauung unterzubringen. Aber sie ließen sich nicht so einfach in sein System einfügen.

(Fortsetzung folgt.)

Die soziale Indikation.

Im Kampf um die soziale Indikation stehen diejenigen, die gegen sie sind, den entscheidenden Tatsachen aus. Auch das Gutachten der deutschen medizinischen Fakultät, so beachtenswert manche seiner Bemerkungen zur Sache der Indikation sind, die gegen sie sind, den entscheidenden medizinischen Indikation ist, argumentiert daneben, wenn es sagt:

Die Schwangerschaftsunterbrechung ist absolut kein harmloser, völlig gefahrloser Eingriff, wie dies vielfach, namentlich im Laienpublikum, behauptet wird. Vielmehr sind alle Gynäkologen der übereinstimmenden Ansicht, daß jeder, auch der noch den Regeln der ärztlichen Kunst ausgeführte Abortus für die Gesundheit der Frau ein gewisses Gefahrenmoment beinhaltet, und daß dies ganz besonders vom gehäuf. en Abortus gilt. Sie (die Fakultät) kann daher der Freigabe des Abortus nur für jene Fälle zustimmen, in welchen kein anderes Mittel zur Befreiung der Urfrüchte, aus welcher die Berechtigung zur Unterbrechung der Schwangerschaft abgeleitet wird, besteht. Die Freigabe des Abortus aus wirtschaftlichen Gründen läßt aber eine Häufung der Schwangerschaftsunterbrechung bei einer Frau befürchten. — Die Fakultät regt in ihrem Gutachten die Einleitung einer großzügigen sozialen Fürsorge für wirtschaftlich schwache Schwangere und Wöchnerinnen an.

Wirtschaftlich schwach sind jetzt und werden noch sehr geraume Zeit sein bei uns allein viele hunderttausend Familien, viele hunderttausend einzelne. Ist eine so umfassende soziale Fürsorge, daß diesen Familien und daß diesen vielen einzelnen nicht mehr um die Ernährung der Kinder zu bangen braucht, in einer kapitalistischen Gesellschaft überhaupt möglich? Denken aber, für die jeder „Kinderlegen“ zu einer Katastrophe wird, auseinanderziehen, daß der Abortus keineswegs eine harmlose Sache ist, heißt tauben Ohren prodigieren. Schließlich weiß ja auch jeder menschenfreundliche Arzt, jeder Politiker, der für die Anerkennung der sozialen Indikation kämpft, daß die Schwangerschaftsunterbrechung keine Spielerei ist, und keiner von ihnen hat je verstanden: Laßt euch unerwünschte Kinder abtreiben! Denn leider ist nicht das die Frage: Unterbrechung der Schwangerschaft oder nicht?, in welchem Falle die Antwort häufig nicht schwer wäre, sondern die Frage ist in der über-großen Mehrzahl aller Fälle die:

„Sachgemäße oder larpfusche- rische Schwangerschaftsunterbre- chung?“

Und deshalb kann die Frage auch so gestellt werden:

„Bestimmte Gefährdung der Ge- sundheit oder wahrscheinliche Ge- fahrlosigkeit?“

Und wer die soziale Indikation ablehnt, bejaht die larpfuscherische Unterbrechung und die unvermeidliche Gefährdung der Gesundheit und des Lebens!

Auch die „Deutsche Presse“, während über eine menschlich-verständnisvolle Stellungnahme des Reiches deutscher Ärzte für die soziale Indikation, tritt für die zweite, für die un- menschliche, für die grausame, mörderische An- wort ein, für die Ablehnung der sozialen Indi- kation und der Schwangerschaftsunterbrechung überhaupt. Selbstverständlich! Wann wäre je der Merkmalismus auf der Seite wirklicher Menschlichkeit gestanden? Für die dogmatisch Gebundenen gibt es nicht die Stimme der Menschlichkeit, gibt es nicht die Sprache der Sozialstatistik, gibt es nur das Dogma, dem sie, wie alsbedingte Völker ihren Göttern, die leben- den Menschen opfern.

„Propaganda für die Freigabe des Kindes- mordes“ nennt die „Deutsche Presse“ den Kampf für die soziale Indikation. Darüber, ob die werdende Frucht schon in den ersten Wochen „befreit“ ist oder nicht, kann man mit Merkmalen nicht streiten. Wohl aber darf man feststellen, daß das eine ganz weite „christliche“ Ver- schiebung ist, einen vier oder sechs Wochen alten Fötus einem lebenden Kinde gleichzustellen, also von Kindesmord zu sprechen. Und das ist schon mehr als Schanden auf ein anderes Ge- leise, das ist schon mit einem Worte zu bezeichnen, das der Benennung einer — im christlichen Sinne — „Sünde“ gleichkommt, wenn gesagt wird, daß im Ärzteverein aus der Frage der sozialen Indikation eine Sache des Geschäftes gemacht wurde, weil verlangt wurde, daß die Schwangerschaftsunterbrechung nicht nur in öffentlichen Heilanstalten, sondern auch in Sana- torien durchgeführt werden dürfe.

„Wahrscheinlich soll es dann“, versucht die „Deutsche Presse“ zu „höhnern“, eine „soziale“ Indikation erster, zweiter und dritter Klasse geben! — Freilich! — Die bürgerliche Frau des sozialistischen Parteifunktionärs wird sich ihr Kind in einer „Privat-Heilanstalt“ abnehmen lassen, für die übrigen Proletarierinnen genügt die öffentliche Anstalt.

„Nun, die sozialdemokratischen Parteifunk- tionäre haben erstens keine „bürgerlichen“ Frauen, zweitens kein Einkommen, das ihnen die Unter- bringung ihrer Frauen in Sanatorien gestatten würde, und drittens ist bis zu ihnen doch schon die Kenntnis empfangnisverhütender Maßnah- men gedrungen, von denen, obwohl sie auch in gut-christlichen Kreisen benutzt werden, die Merk- male doch auch nichts wissen wollen.“

Aber wie recht haben sie mit ihrer erst-, zweit- und drittklassigen Indikation! Sie be- steht nämlich! Sie ist ganz und gar eine Frage des Besitzes. Auch jede Bürgerdame hat, wenn

sie wollte, ein Sanatorium und einen Arzt ge- funden. Die Proletarierin, für die es leider noch nicht einmal die öffentliche Heilanstalt gibt, geht in ihrer Not zu irgend einer Winkel- hebamme.

Nicht durch die Einführung der sozialen Indikation würde die Schwangerschaftsunter- brechung zu einem Geschäft, sondern heute ist sie es! Heute läßt der Arzt sich sein Risiko bezahlen, und von zahlungsfähigen Patienten sehr gut bezahlen! Die Frau, die nicht zahlen kann, die proletarische Frau, wandert ins Siechtum oder in den Tod — oder in Siechtum und Kerker. Wie das Gesetz und wie der Merkmalis- mus es wollen.

Denn das alles wissen ja die Merkmalen sehr gut! Sie wissen ganz genau, daß es leider, leider ganz vergeblich ist, der verzweifenden proleta- rischen Frau vornehmend zu sagen, die Schwanger- schaftsunterbrechung sei immer gefährlich, wenn sie nicht vom Arzte vorgenommen wird! Ins-

tere sollen alle Warnungen! Die Frau, die in so großer Verzweiflung ist, daß sie auch den Tod nicht mehr fürchtet, geht ja doch zur „He- lferin“! Hunderttausende um es. Hunderttau- sende werden sich, viele Tausende müssen sterben. „Weil das Gesetz es befiehlt.“

„Nur frei!“ — er ist frei! Er müde ungeheuer, er fällt immer wieder zahllose Frauen. Jetzt, unter der Herrschaft des mör- derischen Paragraphen 144, für dessen Aufrecht- erhaltung sich die Merkmalen mit so grausamem Eifer einsetzen.

Ihr Dogmatismus ist es, der hunderttau- sende Frauen in Siechtum und Tod treibt — und mehr Lebenden den Tod bringt, als Un- geborene nicht ans Licht einer sehr trüben Welt kömen, wenn es die soziale Indikation gäbe!

Opfer fallen hier. Aber Menschenopfer unerhört! Weder Pann noch Zier.

Wie lange sollen Sie noch fallen?

Hitler weint ...

Strasser, der „treulose Hund“. — Die Lügen des „Tag“ und seine neueste Hitlerfreundschaft.

In der neuesten am Donnerstag erschienenen Ausgabe des Berliner Nazi-Oppositionsblattes, bekräftigt Otto Strasser „trotz und wegen der an ihn aus dem Hitlerlager gekommenen Mor- dandrohungen“ seine Enthüllungen über die Zustände in der Hitlerpartei und über die Ur- sachen der „Ausbootung“ Gregor Strassers.

Gegenüber allen von den Braunen Häusern gegebenen Dementis hält Otto Strasser seine von uns wiedergegebenen Darstellung aufrecht. Er habe von vornherein mit der bekannten Dementier- maschine Hitlers gerechnet. Sie habe auch jetzt wieder prompt funktioniert. Es bleibe also nichts übrig, als den Wahrheitsbeweis anzutre- ten, und Otto Strasser bietet sich an, seine Behauptungen in einem Konkretprozess vor Gericht eidleich zu erhärten. Er fordert Hitler auf, ihm diese Gelegenheit zu geben und er werde beweisen:

1. Die Tatsache der Millionen schul- den der Hitlerpartei, der Nazi-Prese und der Nazi-Unternehmungen. Dabei dürfe sich niemand täuschen lassen, wenn die meisten dieser Unter- nehmungen auf einen Privatnamen no- tariell eingetragen sind, wie z. B. das Braune Haus in Breslau, bei dem als Käufer der Ge- schäftsbüro Brückner fungierte. Offiziell habe er zwar für die noch rückständige Summe von 100.000 Mark, deren Monatsraten von 10.000 Mark ins Stottern geraten seien. In Wahrheit seien dies aber Schulden der Nazi-Partei.

2. Otto Strasser behauptet noch einmal die Drohung Schleichers, der SA die Finanzierungsquellen zu verstopfen, falls Hitler „die Anlaufstrecke“ dem Kanzlergeneral verwei- gere. Hier habe auch Schleicher dementiert. Strasser ruft aber Göring als Zeugen an! Ihm gegenüber sei Schleichers Drohung gefallen. Der Kanzler habe dabei drohend auf die hinter ihm stehenden Wirtschaftskreise ge- deutet, woraus wieder einmal klar ersichtlich sei, wer die „sozialistische Arbeiterpartei“ des Herrn Hitler finanziere. Die Schwerindus- trie, die Großagrarien und die Groß- banken! Daß die Drohung Schleichers wahr sei, beweist nach Otto Strasser allein die gegen- wärtige politische Haltung der Nazi-Partei und ihre Tolerierungspolitik. Die Hitlerpartei hat dem Kabinett Schleicher „die Anlaufstrecke“ ge- geben! Keine Propagandalüge wische diese Tat- sache fort!

Am aber Hitler zu zeigen, wie gut wir über die Vorgänge in seiner Partei und in seinen Fraktionen informiert sind“, schildert Strasser in seinem neuen Artikel „die Hundchen- Szenen“ und den Treuschwur der Reichstags- fraktion für Hitler nach dem „Krankheitsurlaub“ Strassers wie folgt:

„Nach kurzer, „gemüthlicher“ Ansprache Hitlers, der mit tränenerfüllter Stimme aus- rief: „Daß er mir das antun konnte! Gerade jetzt! Das hätte ich nie für möglich gehalten!““

Caro freigesprochen.

Berlin, 23. Dezember. Das Landgericht sprach heute nach sechsmonatiger Verhandlung des Prozesses gegen Geheimrat Caro den Angeklag- ten frei. Dem Nebenkläger werden die Kosten des Verfahrens und die dem Angeklagten erdrosselten Kosten auferlegt.

In dem Prozeß handelte es sich um die Straffrage, ob Caro seiner Tochter eine Mit- gift in Höhe von 400.000 Mark mitgegeben hat. Während Caro dies nach wie vor behauptete, stand Frau Petzschel auf dem gegenteiligen Stand- punkt und erwiderte in den diesbezüglichen Vor- werfen Caros den verächtlichen Betrug. Die Abgabe der angeblich falschen (eidesstattlichen) Versicherung wurde darin erklart, daß Caro in ihr erklärt hatte, daß er die 400.000 Mark Mit- gift seiner Tochter gegeben hatte.

In der Begründung des Freispruches im Caro- Petzschel-Prozeß wird gesagt, daß das Gericht alle Beobachtungsmomente erwogen habe, aber zu der Über- zeugung gekommen sei, daß nicht nachgewiesen ist, daß der Angeklagte die Mitgift (400.000 Mark) nicht

gibt, der gute Schauspieler „völlig ge- brochen“ auf einen Stuhl — und weinte. Und vor ihm stand Göring, mit beiden Hän- den die Hand des Führers greifend und die Tränen ließen ihm über die Widen fließen. Daneben schluchzend Herr Brückner und — Protodiktstränen, seid gelobt — Dr. Goeb- bels mit weichen Taschentuch. In zweiter Reihe Herr Bernhard Kutz, von einem Weinkampf geschüttelt und Herr Heines, wüste Drohungen gegen Strasser ausstößend. Im Hintergrund hörte man Strichers sonore Stimme: „Der treulose Hund, der Strasser! Unserem Führer solches Leid zuzufügen.“ Und dazwischen drängte und schob sich die Schar der erstaunten, empör- ten, verdatterten, ratlosen Mannen, von denen nur Nebenflor mit seinem molanten Gesicht und Kaufmann und Koch mit ihren roten Köpfen auffielen.“

Otto Strasser schließt seinen Artikel mit den Worten: „So — und wenn es Herrn Hitler oder Herrn Dr. Goebbels gefället, den Wahrheits- beweis für die genaue Wiedergabe dieses Bildes zu hören — dann stehen wir ihm vor Gericht mit der Zeugenaussage von etwa 35 Mitgliedern der Reichstagsfraktion zur Verfü- gung!“

Keine Schmierensanddie könnte eine solche Szen erfinden, kein Maler je einen solchen Del- drud, wie ihn hier die Helben des Dritten Rei- ches stellen. Die „rauen Kämpfer“, die Männer aus der Nacht der langen Messer, die Goldgräber und Hansfeldbrecher, die Erretter des deutschen Volkes weinend um ihren wie ein Klagenweib zusammengesunkenen und heulenden großen Führer, und Oberstfeld Adolf. Daneben Mephisto, Joseph Goebbels, „der kumpfsüßige Verräter“, die tröfelnde Nase in das weiße Schnupstuch haltend; wenn die Helben längst vermodert sein werden, dies Bild wird bleiben! „An den Wassern Babels“ war nichts dagegen.

„Der Tag“, der sich zur Abwechslung wie- der einmal zu Hitler bekennt, erzählt von „Lügen um Hitler und die NSDAP“, die von marxistischen Blättern veröffentlicht wurden. Er veröffentlicht eine Erklärung der Primadonna, die alles dementiert und fragt, ob die Blätter so anständig sein werden, „nach dieser eindeutigen Klärung des Sachverhalts“ ihre schädigen Lügen richtigzustellen.

Da müßten wir allerdings ebenso hitlerglän- dig sein wie „Der Tag“. Aber wir glauben nur, daß ein Großmaul auch lügt. Und seine Art- verwandtschaft mit dem „Tag“ bestimmt uns da- zu, den Sachverhalt „richtigzustellen“, indem wir ihn ergänzen. Es wird für die Nazis ja ein leichtes sein, Herrn Otto Strasser vor Gericht zu be- weisen, daß er gelogen hat — oder sollten sie es vorziehen, sich auf Kennerungen ihrer Lügen- „abwehr“stelle zu beschränken?

gegeben habe. Es müsse zwar, wenn keine Mitgift gegeben sei, die Quittung gefälscht sein. Wenn die Quittung gefälscht sei, müsse die Forderung des- wegen aber nicht unbegründet sein. Als weiteren Beobachtungsmoment sei das Verhalten des Angeklag- ten in dem ganzen Verfahren angegeben worden, das für seine Schuld spreche. Dieses Verhalten sei zwar eigenartig, aber das Gericht habe dadurch den Nachweis einer Schuld für nicht erbracht.

Eine Polizei, die nicht gleich schießt

London, 23. Dezember. Bei einer Arbeits- losenkundgebung in Glasgow kam es gestern nachmittags zu schweren Ausschreitungen. Mehrere Geheimpolizisten, die sich unter der Menge be- fanden, wurden erkannt und angegriffen. Un- formierte Schutzleute zu Fuß und zu Pferde kamen ihnen zu Hilfe und gaben die Menge vor. Gesamt wurden 14 Beamte verletzt, davon zwei lebensgefährlich; auch eine Zivilperson trug Verletzungen davon. Fünf Personen wurden fest- genommen.

An alle Abonnenten und Kolporteurs!

Anlässlich der Weihnachtsfeierlage erscheint unsere Weihnachts-Ausgabe am Sonntag, den 25. Dezember und ist

früh um 8 Uhr in allen Orten.

Die Ausgabe vom Dienstag, den 27. Dezember ent- fällt. Die nächste Nummer erscheint wieder am Mittwoch, den 28. Dezember zur gewohnten Stunde. Die Verwaltung.

Roosevelt berichtigt.

Er war für vorläufige Prüfung.

Washington, 23. Dezember. (Reuters.) Roosevelt hielt heute eine Rede, in der er sagte, er sei durch die liturgische Erklärung des Weißen Hauses, daß er angeblich die Zusammen- arbeit mit Hoover bei der Lösung der schweben- den außenpolitischen Probleme abgelehnt habe, sehr überrascht gewesen. „Ich habe viel- mehr“, erklärte Roosevelt, „Hoover mit aller Deutlichkeit vorgeschlagen, seine Vertreter aus- zuwählen, die eine vorläufige Prüfung vornehmen sollen, und habe hierbei geordert, daß mir über den Fortgang dieser vorläufigen Prü- fung Bericht erstattet werde. Außerdem habe ich mich auch erdörig gemacht, mich bis zum 1. März 1933 zu Beratungen mit Hoover bereit zu halten. Ich hoffe immer noch, daß meine praktischen Vorschläge und mein bestimmt aus- gesprochenes Angebot zu einer Zusammenarbeit angenommen werden.“

Auslieferungszwang und Verteilung in der Sowjetunion.

Die schweren Sorgen der Sowjet- regierung um die Ernährung der hungern- den Massen in den Städten und Industriegebie- ten haben zu einer Umstellung des Ablie- ferungszwanges und der Vertei- lung geführt.

In zwei von Stalin und Molotov unter- zeichneten Verfügungen wird die Ablieferung von Milch und der Milchproduktion neu geregelt. Das bisherige Vertragssystem zwischen Staat und Landwirtschaft ist aufgehoben. Es wird er- scheidet durch eine vom Staat bestimmte Ablie- ferungsziffer für jede vorhandene Kuh. Auch die Preise sind haarklein festgesetzt. Einzelbauern haben durchschnittlich 25 Prozent mehr Ertrag abzu- liefern als die Kollektivgüter, wobei die verschie- denen Gegenden und Voraussetzungen für Vieh und Produktion berücksichtigt werden. Die Ver- pflegung der Städte und Industriezentren soll die Naturalabgabe zugrunde gelegt werden.

Die zweite Verordnung gilt der Vertei- lung der Lebensmittel. Das Ration- system wird dahin geändert, daß die Fabriks- leitungen die Verteilung für die Arbeiter über- nehmen, um gleichzeitig besser auf die Arbeits- disziplin einwirken zu können.

Beide Verfügungen sind eine Verschärfung des sozialisierungswirtschaftlichen Kurzes. Ausdrücklich wird die Bewässerung von dem Optimismus ge- warnt, daß die Verpflegungscontingente ver- größert würden. Das Gegenteil sei der Fall.

Der neue Fünfjahrplan

Unter dem Vorsitz des ehemaligen Präsi- denten der Kommunistischen Internationale Bu- charin wurde in Moskau die Konferenz zur Vorbereitung des Fünfjahr- plans eröffnet.

Bernsteins letzter Weg.

Am Donnerstag-Nachmittag nahm die So- zialdemokratische Partei A.B.S. in der von Eduard Bernstein.

Unendlich groß war die Zahl der Kranze, die „dem treuen Mitarbeiter“, dem „Lehrer und Vorkämpfer“, dem „Barratzen der Sozialdemo- kratie“, „unserem Kameraden“, dem „Ereiter für Volkrecht und Freiheit“ bei seiner Beisetzung im Krematorium Wilmersdorf-Berlin gewidmet wurden. Die Halle vermochte die Zahl der Trauergäste nicht zu fassen.

Reihendolke Wuff leitete die Trauerfeier ein. Der Gedächtnisrede hielt Friedrich Stämp- fer. Im Namen der Sozialistischen Arbeiter- internationale und der niederländischen Sozial- demokratie sprach Biegen Worte des Ab- schieds. Im Namen der Leitung der „Sozialisti- schen Monatshefte“ würdigte Kampffmeyer das sozial-köperliche Wirken Bernsteins. Gramsch-Paris dankte dem Toten im Namen der französischen Sozialisten.

Wieder erklang Trauermusik. Die Fahnen- listen sich, der Sarg verschwand, die Sozialisten der Welt hatten von einem ihrer Besten Abschied genommen.

Tagesneuigkeiten

Raubüberfall an einem Arbeitslosen.

Auffig, 23. Dezember. Gestern gegen 17 Uhr nachmittags wurde in dem Stadteil Kleische der Arbeitslose Friedrich Pablik aus Auffig in einer Wasse von einem unbekanntem Manne verfolgt. Plötzlich leuchtete ihm ein ihm entgegenkommender anderer Mann mit einer Taschenlampe in die Augen, so daß er geblendet wurde. Pablik wurde in diesem Moment von dem ihn verfolgenden Manne mit einem vorgehaltenen Revolver und unter Drohungen gestellt und zur Herausgabe von Geld aufgefordert. Als der Ueberfallene bemerkte, kein Geld bei sich zu haben, wurde er von dem Streifenränder durchsucht. Sie fanden bei ihm 3,60 K., die sie an sich nahmen und flüchteten. Nach den Tätern wurde die Fahndung aufgenommen.

Leuchtgasexplosion in einem Brüner Fabrikgebäude.

Gestern um 8 Uhr früh wurden die Bewohner der inneren Stadt in Brünn von einer heftigen Detonation aufgeschreckt. Gleich darauf fuhren die Feuerwehren und Rettungsabteilungen in die Ponavlogasse, wo sich in einem alten Fabrikstrakt eine Explosion ereignet hatte.

Der Hausmeister Gottlieb Mäca wollte, wie alljährlich, die Post in die, in diesem alten Trakt befindliche Kanzlei der Firma Blechmann & Co. tragen. Die Firma erzeugt Isolations- und chemisches Material und gehört dem H. Frankl. Als Mäca das elektrische Licht aufdrückte, entstand eine heftige Explosion. Mäca wurde in die Höhe geschleudert und als er sich erhob, sah er, daß er auf dem zertrümmerten Dach des Gebäudes lag. Glücklicherweise kam er mit leichteren Verletzungen davon, so daß er nur die erste Hilfe der Rettungsabteilung in Anspruch nehmen mußte.

Die Explosion war so heftig, daß in den umliegenden Häusern in der Ponavlogasse viele Fenster zertrümmert wurden. Das der Firma Hochmann vermietete Gebäude wurde zum Teil vernichtet. Später wurde festgestellt, daß es sich um eine Leuchtgasexplosion handelte. Durch ein schabhaftes Rohr war Gas in das Lokal gedrungen. Als der Hausbesitzer das elektrische Licht andrückte, entstand Kurzschluß, wodurch das Gas explodierte. Der Schaden beträgt ungefähr 20.000 K.

Räuberbanden und Schwindler in Uhorod.

Uhorod, 23. Dezember. Gestern gelang es der Polizei, die Mitglieder zweier Verbrecherbanden, die seit langer Zeit ihr Unwesen in Uhorod trieben, zu verhaften. Die eine Bande stand unter der Führung des Währigen Peter Biczka aus Bistrzowa. Ihr gehörten ferner Peter Duda aus Chomec und Georg Sedice aus der Gemeinde Pockanovo an, die auch zusammen wohnten. Dieser Eindringlinge werden eine ganze Reihe von Einbrüchen zur Last gelegt; ihre Mitglieder mußten bei ihrer Verhaftung entwaffnet werden. Bei der Verfolgung der Verbrecher gaben diese auf ihre Verfolger Schüsse ab. — Die zweite Verbrecherbande, die selbständig arbeitete, plünderte einige Geschäfte in Uhorod aus und ging daran, auch Wohnungseinbrüche zu verüben. In der Untersuchung wird fortgefahren.

Eine Rassenkaderbande, die aus Budapest stammt und in Uhorod einige Rassen erbrach, verfuhrte auch die Kassa der Duna-Bank in Belva Kapusany auszurauben. Auch versuchte die Bande, die Kassa des Postamtes in Chamer, die Paketabteilung der Uhoroder Post und die Kassa des Kaufmannes Schlederer in Uhorod zu betauben. Die Eindringlinge fuhr aus Budapest nach Karpathenland, um dort ihr verbrecherisches Gewerbe auszuüben. Die Namen der Mitglieder der Verbrecherbande sind bekannt und die Budapest Polizei wurde ersucht, sie zu verhaften.

Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde der reichsdeutsche Staatsangehörige Ing. Herbert Wolf verhaftet, der mit der Liquidation der ehemaligen Uhoroder Speiseeisfabrik „Besfid“ betraut war und die um den Betrag von 1.400.000 von den Kunstler-Verken „Kosmos“ in Caslav gekauft wurde. Er verkaufte insofern an Verwandte die Einrichtungen der Uhoroder Fabrik. Die Strosanzige erstatteten die Kosmos-Werke in Caslav, die einen Schaden von 22.000 K erlitten haben.

Ihr dürft nicht „vergessen“! Millionen und Abermillionen Proletarier hungern. Sehnsüchtig blicken die Kinder in die mit bunten Verblühten gefüllten Auslagen, dessen gewiß, daß sie zu Weihnachten nicht genügend trockenes Brot haben werden. Keine Freunde winkt ihnen an dem Tage, an dem die Menschen einander so gern Freude bereiten und doppelt schmerzhaft fühlen die Eltern das Weh. — Aber es gibt neben den Armen auch noch andere, denen das Bescheiden von Tausenden nur eine Kleinigkeit wäre, andere, die trotzdem mit einstimmen in den Kriesselgesang und so tun, als seien auch sie Opfer der Wirtschaftsnot. Sie werden aufgeregt, wenn die Dividende um eine Kleinigkeit sinkt und wild, wenn sich die Arbeiter dagegen wehren, die Dividende durch Lohnföhrungen zu sichern. — Da ging in Berlin gerade ein

Morgen Sonntag erscheint zum erstenmal:

Bunte Woche

Wochenscheide für Blatt und Bank

Prag

Die „Bunte Woche“ bringt:

- Wenn ich Carnegies Geld hätte... Antworten auf eine Randfrage der „Bunten Woche“ von Schalom Mich, Hugo Breitner, Albert Einstein, Robert Kronfeld, Sinclair Lewis, Josef Laipold, Heinrich Mann, Julius Zandler, Hans Tietze.
- Widukind, Kliqueballe der „Dollen Hunde“. Von Alexander Stern.
- Wänterweihnachten. Von Hans Kallaba.
- Die Insel der 555 geheimnisvollen Wörter. Von Professor Walter Zenden.
- Einbruch in den Himmel. Von Professor James Jeans.
- Eine Königin amüsiert sich. Von Stefan Zweig.
- Kaiser Karl hat Angst vor meinen Nordplänen. Von Dr. Karl Renner.
- Wibt es eine empfangnisfreie Zeit für die Frau? Von Dr. Paul Stein.
- Wenn es Blut und Tinte regnet... Von Professor Coffrey.
- Heiße Lügen niemals. Von Emmy Bernabü.
- Nicht Tage extra. Von Franz Harris.
- Ein Sportplatz wird gestohlen. Von Friedrich Schen.
- Die Erziehung des Weibes. Von Max Hajek.
- Und der Stern leuchtete über Bethlehem. Von Robert Anton.
- Costimo wundern sich sehr. Von George R. R. Martin.
- Die Toten halten still. Von Siegfried von Bogl.
- ... wie ein Ei dem andern. Von Dr. Henry Lawrence.
- Willensschwächen im Vorderschiff. Von Volkmar Ivo.
- Zehn Gebote für die vollkommen Ehe. Von Sophie Lazarfeld.
- Kleider für junge Leute.
- Wiedel ist Ihr Körper wert?
- Was plant Ihr Kind? Die neue Preisfrage der „Bunten Woche“.
- Zeichne mit Buchstaben! Ein Preiswettbewerb der „Bunten Woche“.
- Drei Preisfragen für Briefmarkensammler.
- Ein Preisproblem für Schachspieler.
- Der Roman: „Kata hat eine famose Idee.“ Von Bernyphia Zur Mühlen.
- Das vollständige Radioprogramm der Woche.

Die „Bunte Woche“ umfaßt 16 Seiten in Großformat. — Preis Ks 1.—
In allen Trafiken erhältlich.

Prozess zu Ende, der einen Blick tun läßt in die Welt der Reichen und den Weihnachtsfesttag der Demütigen und Einfältigen prächtig untermalt. In dem Streit Caro-Petschel wurde das Urteil gesprochen. Mehr als 150.000 Mark betragen die Gerichtskosten, einige Millionen Mark die Advokatenkosten; im Vergleich dazu ist das Streitobjekt eine Bagatelle. Ging es doch um lumpige 400.000 Mark, die Caro seiner Tochter als Mitgift gegeben haben will, während Petschel dies bestritt. Und das Gericht nahm nach der sechsmonatigen Auseinandersetzung als ziemlich sicher an, daß Petschel die Auszahlung der Mitgift — vergessen habe. W. r. f. l. i. c. h. und wahrhaftig vergessen! Und niemand, der sich in der Welt der Reichen einigermassen auskennt und am heutigen Abend, unbeschwert von seinem Gewissen, das Fest der Barmherzigkeit feiert, wird sich ob dieses Verfassens wundern. Was sind schon 3,2 Millionen Tschekentkronen für Herrn Petschel? Was sind sie für feinesaleichen! Viel zu wenig, als daß man sie in Evidenz behält! — Die Arbeiter werden gut daran tun, an diesem Weihnachtsabend über die Zweckmäßigkeit einer gesellschaftlichen Ordnung nachzudenken, in der ihnen ein Stück trockenen Brotes wichtiger ist als den Petschels 400.000 Reichsmark. Freilich werden die Arbeiter, die sich solche Gedanken machen, für den Himmel und seine Heiligen wenig mehr übrig haben. Der Stern von Bethlehem, der ob diesem Höllenkreuzel, ob diesem Irrsinn friedlich weiterstrahlt, kann ihnen gestohlen bleiben. Das Licht der Erkenntnis, der Stern der marxistischen Wissenschaft leuchtet ihnen, auf daß sie dem Kapitalismus mit seinem algernd-heuchlerischen Drum und Dran ein Ende bereiten.

Die Parlamentstätigkeit im Jahre 1932. Wie der Vorsitzende Stanök gestern mitteilte, hat das Abgeordnetenhaus im Jahre 1932 75 Plenarsitzungen abgehalten. Die Ausschüsse hielten 185, einzelne Subkomitees 12 Sitzungen ab. Aufgelöst wurden 49 Regierungsvorträge, 16 Senatsbeschlüsse, 202 Initiativvorträge, 152 dringende Interpellationen, 611 gewöhnliche Interpellationen, 603 Interpellationsbeantwortungen und 180 Ausschukberichte. Im Plenum wurden 43 Gesetzesvorlagen, 19 internationale Abkommen und zwei Staatsrechnungsbahlschlüsse erledigt. Weiters wurden im Plenum vier Regierungserklärungen vorgelesen; in den Debatten sprachen 349 Redner.

Ein unangenehmer „Versuch“. Die Direktoren der Eisenbahngesellschaften in Chicago und alle Angestellten-Beretreter haben ihre Zustimmung dazu gegeben, daß die Löhne verhältnismäßig durch 9 Monate um 10 Prozent gesenkt werden. Dadurch werden 1.200.000 Angestellte betroffen.

Schadenfeuer bei Reichenberg. In der Nacht auf Freitag ist auf dem Bauplatz der Firma Frisch und Hübel in Althorndorf bei Reichenberg ein Schadenfeuer ausgebrochen. Das Feuer land in den großen Holzstapeln reichliche Nahrung. Vernichtet wurden fast sämtliche auf dem Bauplatz lagernden Baumaterialien und die gesamte

Kanzleinrichtung. Der Schaden wird auf 50.000 K beziffert und ist durch Versicherung gedeckt.

Raubüberfall. Freitag um 4 Uhr früh überfielen zwei bisher nicht festgestellte Räuber im Gasthaus „U Raha“ in der Falkensteiner Gasse in Brünn die B. Tihelkova, sehtelten sie und raubten einige Flaschen Likör und etwas Solami, worauf sie die Flucht ergriffen.

Verteidiger Dr. Weiß. Der frühere Berliner Polizeivizepräsident Dr. Bernhard Weiß, der sich nach seiner Verurteilung in den einstufigen Ruhestand bei den Berliner Landgerichten als Rechtsanwalt niedergelassen hat, gab Donnerstag vormittag in Moabit sein Debüt als Verteidiger ab. Als der neue Rechtsanwalt, der während seiner Amtsstätigkeit ungeschlachte Mole in Moabit als Zeuge und Nebenkläger aufgetreten war, im Anwaltszimmer erschien, wurde er von seinen Kollegen auf das Begeisterteste begrüßt.

Jules Vernes Träume werden erfüllt. Das neue italienische U-Boot „Bragadino“ wurde nach Ausprobierung der italienischen Marine übernommen. Bei den Versuchsfahrten konnte das U-Boot eine Tiefe von 101 Meter erreichen.

Der Krieg im Frieden. In der Artillerieschule von Rezzano, nahe bei Rom, ereignete sich am Freitag beim Füllen von Munition eine Explosion, die fünf Soldaten das Leben kostete.

Polizeichef als Schmuggler! In dem polnisch-deutschen Grenzort Bissa verhafteten Beamte der polnischen Polizei den Kommandanten der dort stationierten Grenzpolizei Besnikowski, außerdem einige Ärzte des Krankenhauses in Rawicz. Die Verhafteten sollen große Mengen Rauschgift aus Deutschland nach Polen geschmuggelt haben; außerdem soll Besnikowski in einer umfangreichen Getreidenschmuggel verwickelt sein.

Zehn verfohlte Leichen. Umweit von Piotrkow (Polen) wurden in einem abgedarrnten Schaber zehn verfohlte Leichen gefunden. Es handelt sich um junge Landstreicher, die die Nächte regelmäßig unter freiem Himmel verbrachten und von der Polizei gefoht wurden. Der Brand des Schobers ist wohl darauf zurückzuführen, daß einer der Landstreicher mit der brennenden Zigarette im Mund eingeschlafen ist.

14 Personen verbrannt. Bei einem Brand in Tokio kamen 14 Personen ums Leben, vier wurden schwer verletzt, 22 Personen werden vermisst. Eine Reihe von Häusern wurde zerstört.

Der unvollkommene Hellscher. Vor dem Einzrichter des Amtsgerichts Berlin-Mitte wurde am Donnerstag eine Klage verhandelt, die der bekannte Hellscher Erik Jakob Hansen gegen den verantwortlichen Redakteur einer Berliner Tageszeitung angebracht hatte. Nach längeren Debatten nahm der Antragsteller die Klage zurück. — Hansen war in der besagten Tageszeitung einer gewissen Mischuld an dem Tode des Fürsten Lobkowitz, der bei dem Krähjähres-Autorrennen auf der Berliner Ansbahn ums Leben kam, bezichtigt worden. Hansen hatte nämlich vor Beginn des Rennens erklärt, daß der für das Rennen festgelegte Tag für den Fürsten Lobkowitz kritisch sei. Die besagte Zeitung wollte nun erfahren haben, daß der Rennfahrer, dem diese Äußerung Hansen zu Ehren gekommen sein soll, durch die Vorauslage nervös und unsicher geworden sei. Nachdem vor Gericht der infrimierte Artikel, in dem der

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen.

Sonntag.
Prag: 7.30 Konzert, 11.00 Matinee, 17.15 Weihnachtssender, 18.00 Deutsche Sendung: Deutsche Weihnacht, 19.25 „Der Kuh“, Oper von Smetana, 20.00 Tschechische Jazzmusik — Brünn: Deutsche Sendung: Lieber, 19.00 Rückkehr der Liebe. — Berlin: 19.00 Brahms: Klavierquartett. — Breslau: 18.30 „Der Rosenkavalier“, Oper von Richard Strauß. — Hamburg: 12.05 Sinfoniekonzert, 17.30 Domchor. — Königsberg: 19.40 Stunde junger Autoren. — Langenberg: 20.00 Weihnachtssongere. — Leipzig: 11.30 Bach-Kantate. — München: 18.05 „Lohengrin“. — Wien: 11.30 Sinfoniekonzert, 15.30 Kammermusik.

Ein zweiter Prager Rundfunkkongress? Bei der Madrider Konferenz soll in verschiedenen wichtigen Fragen eine Einigung zustande gekommen sein. Die Beschlüsse treten unmittelbar nach der Genehmigung durch die betreffenden Staaten in Kraft. Für den Rundfunk sind allerdings die Ergebnisse monatelanger Konferenzen recht lässlich. Die ausländische Funkpresse schreibt sogar von einem Bankrott der Madrider Konferenz. Es schien ziemlich schwierig gewesen zu sein, die anwesenden Delegierten davon zu überzeugen, daß der Rundfunk mehr ist, als eine „öffentliche Lustbarkeit“. — In der Wellenlängenfrage erklärte Amerika und Japan, kein Interesse zu haben. Mit großer Mehrheit wurde beschlossen, die europäische Wellenlängeregelung den europäischen Ländern selbst zu überlassen. — Für Mai oder Juni 1933 soll in Prag eine Tagung des Weltfunkverbandes einberufen werden, an der auch Vertreter der einzelnen Regierungen offiziell teilnehmen werden. Diese Tagung wird sich dann mit der Wellenlängeregelung, der Sendestärke und der Ueberwachung der einmal getroffenen Regelungen befassen.

Die verringerten Einkünfte des Radiojournals. Die Rundfunkgebühren der Radiolörer werden bei uns vom Postministerium eingehoben. Von den so eingelaufenen Summen erhält das Radiojournal 50 Prozent. Bei einer Anzahl von 490.000 Rundfunkhörern erhielt daher die Sendegesellschaft bisher monatlich 2.150.000 K. Nun wurde diese Quote von der Parlaments-Untersuchungskommission auf 35 Prozent herabgesetzt. Nimmt man also für das nächste Jahr als Grundlage 460.000 Rundfunkhörern, bedeutet dies, daß die Sendegesellschaft ab 1. Jänner 1933 monatlich 1.610.000 K. erhalten wird. Diese Summe entspricht dem Stande seiner Zeit, als das Radiojournal bei 50prozentigem Anteil von 322.000 Rundfunkhörern Gebühren einhob. — Obwohl für die Verwaltung der Sendegesellschaft diese traurige Verabfolgung ihrer Einkünfte sehr fähler sein wird, ist auch die künftige Höhe ihrer Einnahmen ganz annehmbar und kann durchaus eine befriedigende Verbesserung des Programmes gewährleisten. (P.A.)

in der Tat sehr unstrittene Hellscher Hansen „Schwindler, Nepper und Betrüger“ genannt wurde, zur Verlesung gebracht worden war, erklärte der besagte Redakteur zum allgemeinen Erstaunen: „Ich bin für den Artikel überhaupt nicht verantwortlich. Wir überreichen dem Gericht ein vollständiges Exemplar des in Frage kommenden Blattes aus dem hervorgeht, daß jemand anders verantwortlich zeichnet.“ Hansen's Anwalt: „Wir haben von dieser Nummer kein ganzes Exemplar mehr bekommen und deshalb nicht feststellen können, wer der verantwortliche Redakteur war.“ Verteidiger: „Wir haben abständig die Klage gausen lassen, denn wenn Hansen wirklich hellscher könnte, müßte er doch auch wissen, daß nicht der Angeklagte der verantwortliche Redakteur ist.“ (Große Heiterkeit.)

Juwelendiebstähle. In einer der belebtesten Geschäftstrassen Hannovers war am Donnerstag mittag ein unbekannter Täter das Schaufenster eines Juweliers mit einem Stein ein und entweder aus der Fensterauslage eine große Tafel mit 48 Brillanten im Werte von 20.000 Mark. Der Eindringling sprang unbeschädigt in einen bereitstehenden Wagen und fauste im schnellsten Tempo davon. Aus der Villa eines Berliner Großkaufmanns stahlen Banditen eine Holzklappe, die für 50.000 Mark Schmuckfachen enthielt. Auch hier sind die Verbrecher entkommen.

13.000 neue Parteimitglieder in Wien. Im November hat die Wiener Sozialdemokratie eine große Werbekaktion durchgeführt, deren Ziel die Gewinnung von 10.000 neuen Parteimitgliedern sein sollte. Wie nun die „Arbeiter-Zeitung“ mitteilt, ist es gelungen, 13.087 neue Parteimitglieder zu werden, also das Ziel weit zu überschreiten. Von den neuen Mitgliedern sind 6182 Männer und 6905 Frauen. Das großartige Ergebnis der Werbekaktion in einer Stadt, in der vier Fünftel aller männlichen und zwei Fünftel aller weiblichen sozialdemokratischen Wähler Parteimitglieder sind, zeigt von der Schlagkraft der Organisation und der Werbekraft des Wiener Wien.

Weiteres Ansehen der sozialistischen Stimmengahl in den Vereinigten Staaten. Der „New Leader“, das in New York erscheinende offizielle Organ der sozialistischen Partei in den Vereinigten Staaten, berichtet, daß die amtlichen Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen, die langsam bekanntgegeben werden, eine ständige Erhöhung der Gesamtzahl der sozialistischen Stimmen zeigen. Bis jetzt beträgt die offizielle Gesamtstimmengahl der sozialistischen Partei 874.331, wobei aus Texas noch keine Meldungen vorliegen und in vielen anderen Staaten die Stimmengählung noch nicht beendet ist. Das endgültige Ergebnis wird daher sehr wahrscheinlich etwa 900.000 Stimmen betragen gegenüber 267.420 im Jahre 1928.

